



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

Wycinek z "Der Ostschlesier" z opisem rozruchów w Cieszynie w dniu 23.04.1920 r. wieczorem

Liczba stron oryginału

2

Liczba plików skanów

3

Liczba plików publikacji

3

Sygnatura/numer zespołu

TR 035.004

Data wydania oryginału

1920

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+
MŁDE

01 001
Digitalizacja

Der Ostschlesier

Organ des deutschen Volksabstimmungs-Ausschusses.

Schriftleitung und Verwaltung: Teschen, Tische Gasse 15/1 Fernsprecher: 267/VIII. Schriftleitungsschluß: Täglich 12 Uhr mittags.	Für Ostschlesiens Einheit.	Bezugspreise: Ganzjährig K 72.—, Halbjährig K 36.—, Vierteljährig K 18.—. Einzelne Folgen 50 h Erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonntag.
Jahrgang 1920.	Teschen, Sonntag, den 25. April 1920.	Folge 49.

Unserer heutigen Folge liegen für die im tschechischen Gebiete und in der Westpräsektur wohnhaften Abnehmer die Erlagscheine bei.

Wir ersuchen die rückständigen Bezugsgebühren mit Hilfe dieser Erlagscheine zu erlegen.

Der Bezugspreis beträgt:

monatlich	K 4.50
vierteljährig	„ 13.—
halbjährig	„ 26.—
ganzjährig	„ 52.—

Die Verwaltung.

Der freitägige Terror.

Bereits am Freitag vormittag verbreitete sich das Gerücht, daß die berüchtigten Trzynieker Terroristen nach Entlassung der dortigen 40 Mann zählenden Entente-Gefangenschaft auf dem Marsche nach Teschen befinden, um den wegen der Notenabstempelung begonnenen Streik zu fördern. Die Kommission, die rechtzeitig von dem Anrücken von ungefähr dreihundert terroristischen Bausubben verständigt war, unternahm nicht die geringsten Vorkehrungsmaßnahmen. Keine Straßenabsperzung, kein Zurückweisen dieser Banden wurde durchgeführt, man ließ sie ruhig in die Stadt marschieren, damit auch Teschen einmal den Terror dieser Horden verspüre. Zuerst sprengte die Bande eine Versammlung der deutschen sozialdemokratischen Partei wegen der Valutafrage, auf der Schießstätte, dabei fast alle Fenster dieser Räumlichkeiten zertründernd. Dann zogen sie entlang des Ostbais auf den Sachsenberg, sämtliche Kaufleute mit Gewalt zwingend, die Geschäfte zu öffnen. Das gleiche taten sie in der Tischen Gasse, wobei die Frau des Abgeordneten Reger den Anführern bedenkliche, welche Geschäfte zu öffnen seien. Am Demelplatz ungehindert angekommen, richtete sich ihr ganzer Haß gegen einige vor dem Hotel sich befindliche tschechische Offiziere und Soldaten, wie auch gegen einige vor der Polizeiwache diensthabende Bürgerwachleute. Während ein Trupp am Demelplatz Posten faßte, zog der Hauptteil der Terroristen vor das schlesische Heim, um den dortselbst befindlichen Bund der Schlesier zu plündern und zu zerstören. Eine Bande forderie von der Polizei sie möge sofort veranlassen, daß die Geschäfte geöffnet werden mögen, „da sie in friedlicher Absicht gekommen sind, um einzukaufen“ (?).

Die vor dem schlesischen Heim sich befindliche Horde erzwang sich auch den Eintritt in die Räumlichkeiten des ersten Stockes und begann die dort befindliche Kasse des Bundes der Schlesier zu plündern. Die Schriftstücke, dann eine Masse von „Glonsaki“ wurden auf die Straße unter den dort stehenden Pöbel geworfen, welcher unter Johlen und Schreien die Zeitungen verbrennen begann. Eine Stunde lang mußte so eine Bevölkerung von 24000 Einwohnern von dreihundert betrunkenen Terroristen terrorisieren lassen bis endlich letztemilitär einschritt.

Eine Abteilung italienischer Truppen räumte das schlesische Heim, jedoch verblieben die Terroristen, welche immerwährend verstärkten vor dem Objekte stehen waren nicht zurückzutreiben. An dieser Stelle errichtete auch eine kleine Abteilung der Bürgerwehr, gegen sie sich der ganze Haß der Terroristen richtete. Als Militär endlich die Straßenzüge zu räumen begann, rief die Menge ein Schuß gegen die vordringende Bürgerwehr, welche ihrerseits das Feuer erwiderte. Zu gleicher Zeit gab das italienische Militär Schreckschuß ab. Der Pöbel zerstreute sich, sammelte

„Freiheit!?“

Der 23. April wird der ostschlesischen, besonders aber der Teschner Bevölkerung durch lange Zeit hindurch in Erinnerung bleiben. Wenn man am Abend dieses Tages die Entwicklung der Ereignisse überdachte, dann fragte man sich kopfschüttelnd: Wie kam das alles? Wie konnte so etwas vorkommen? —

Schon am 21. und 22. April schwirrten Gerüchte durch die Stadt, die internationale Kommission hätte gegen den Wunsch der Bevölkerung den Umlauf der ungesampelten Krone in polnische Mark auch für die Ostpräsektur des Abstimmungsgebietes beschlossen. Diese Gerüchte standen im krassen Widerspruch zu den Äußerungen der maßgebenden Stellen auf polnischer Seite und um Gewißheit zu erhalten, begab sich eine Deputation der wirtschaftlichen Verbände und der deutschen politischen Parteien unter der Führung des Herrn v. E. in Guldau zur intern. Kommission und verlangte eine Erklärung über den gegenwärtigen Stand der Dinge.

Die Antwort war ziemlich ausweichend, man konnte daraus nur entnehmen, daß die Entscheidung noch nicht gefallen sei.

Da erschien am 22. April nachmittags das Blatt der Ostpräsektur, das die fertige Verordnung der internationalen Kommission über den Umlauf der ungesampelten Noten in polnische Mark enthielt.

Der Zweck, den die Kommission erreichen wollte, war erreicht.

Ohne jede Vorbereitung wurde die Bevölkerung einfach vor eine fertige Tatsache gestellt.

Ganz abgesehen davon, daß eine Behörde, die doch in erster Linie dazu da ist, die Interessen der Bevölkerung und nicht etwa der Warschauer Regierung zu vertreten, eine Bestimmung trifft, von der sie sehr genau weiß, daß sie eine enorme Schädigung der Bevölkerung, der gesamten Wirtschaft in der Ostpräsektur bedeutet, verdient noch ein anderer Umstand festgehalten zu werden.

Es ist doch mindestens sehr eigenartig, daß sowohl die Vertreter der Bevölkerung als auch die Entsandten der Prager Regierung von der intern. Kommission bewußt durch mehrere Tage hindurch falsch unterrichtet wurden. Das ist eine unlegbare Tatsache:

Während die Vertreter der Bevölkerung mit der Verdrückung abgespeißt wurden, eine Entscheidung sei noch nicht gefallen, war in Wirklichkeit die Verordnung bereits beschlossen und unterschrieben.

Das müssen wir uns genau im Gedächtnis festhalten, ebenso auch die Ereignisse des 23. April. Einmal vor die fertige Tatsache gestellt, beschlossen die Handels- und Gewerbetreibenden im Einvernehmen mit der Arbeiterchaft, durch einen Demonstrationstreik gegen die Verordnung der internationalen Kommission Protest einzulegen. In klagloser Ruhe und Ordnung wurde dieser Beschluß durchgeführt, in der ebenfalls in aller Ruhe abgehaltenen Versammlung im Rathausjaale eine Entschlieung gefaßt, die noch in letzter Stunde das Verantwortungsgefühl aller maßgebenden Stellen anrief. Es sollte kein Weg unversucht bleiben, um zu retten, was noch zu retten war.

Und was war das Ergebnis? Dieses ist sehr verschiedener Natur. Auf der einen Seite haben wir erkannt,

daß man aus Bequemlichkeit und aus Mangel an gutem Willen kaltblütig über Schicksalsfragen der Bevölkerung hinweggeht.

Mag auch die Bevölkerung an dieser gewaltsamen Ope-

ration zu Grunde gehen! Wenn man nur selbst mit diesem Alltagselend nicht in Berührung kommt. Und davor schützt einerseits die gute Küche in »Braunen Strichen« und andererseits die unglaubliche Billigkeit des Lebens in Ostschlesien — wenn man in Francs zahlen kann.

Andererseits aber hat die Teschner Bevölkerung mit eigenen Augen gesehen, was das Wort „Freiheit“ in Polen für einen Klang hat.

Wenn einige phantasierte polnische Lehrer in Anerkennung ihres Berufes wegen einer vollkommen gerechten Forderung in den Streik treten, wird dies als »Selbstverständlichkeit« hingenommen. Wenn aber die an sich schon ausgeplünderte Bevölkerung durch einen Demonstrationstreik ihr gutes Recht wehren will, dann holt man sich aus Trzynie eine Horde dieser grünen Jungen, begeißelt sie mit entsprechenden Quantitäten Zinoboi und läßt sie dann auf die Bevölkerung los.

Die „Freiheit“ in Polen bedeutet eben das Recht des Augenblicks stärkeren, dem anderen den Fuß in's Genack zu setzen, und zu zerbrechen, was sich nicht duckt!

Das ist der polnische „Freiheitsbegriff!“

den haben die Teschner am 23. April kennen gelernt und werden diese Lehre nicht vergessen!

Daß die Arbeiter wirklich zum halb vergessenen Terror griffen, nur um die polnische Mark zu bekommen, kann uns nicht wundern. Sie wissen aber nicht, was sie sich da für eine Laus in den Pelz setzen. Sie werden es früh genug am eigenen Leibe verspüren.

Doch sei über den einen des anderen nicht vergessen. Frau Reger ist's, die ganz im Geiste ihres verehrten Gatten wirkend, am 23. April als Bandenführerin unsere ungeleitete Bewunderung erregte.

Ist es doch gewiß nichts alltägliches, wenn solch eine Dame ihrer ungewaschenen Gefolgschaft zuruft:

Da schlägt die Scheibe ein!

Doch nicht Episoden sollen hier festgehalten werden! Hier soll vor allem noch auf die Unterstützung der Bevölkerung seitens der fremden Militärbesetzung hingewiesen werden. Trotzdem schon vormittag gewarnt wurde, trotzdem eine weitgehende Bereitschaft bei solchen Umständen eine Selbstverständlichkeit ist, war anscheinend doch nichts vorbereitet und wie immer bei solchen Umständen kommen die Franzosen und Italiener erst dann, als es schon zu spät war. Es ist gewiß sehr bedauerlich, daß gerade Herr Major de Fromont den Schulterschuh abbekommen mußte, doch können wir dazu nichts anderes sagen, als eben: Es wäre nicht soweit gekommen, wenn seitens der Besatzung der Stadt den Vorgängen in derselben wenigstens die Aufmerksamkeit entgegengebracht worden wäre, wie etwa den sportlichen Veranstaltungen im Subitäumspark und auf der Feuerwehrrasse.

Mit umso größerer Präzision wurde dafür am Abend dieses Tages die Entlassung der Bürgerwehr durchgeführt, die wir beim besten Willen nicht verstehen, geschweige denn gutheißen können. Es ist wahrscheinlich die allerdings eigenartige Anerkennung, daß die Bürgerwehr am Platze war und rechtzeitig eingriff. Darüber muß wohl noch an anderer Stelle ein Wortchen gesprochen werden.

Hier sei nur noch einmal das Ergebnis des Tages zusammengefaßt: Wir wissen jetzt, was wir von der Freiheit und Gleichberechtigung zu halten haben, die uns im Osten winkt!

Nach aber neuerdings in der Andreashofergasse. Die vorgerückte Bürgerwehr wurde in die alte Realschule zurückgedrängt. Nahm im unteren Gang Posten und verwehrte den Eintritt in das Objekt. Neuerdings fiel ein Schuß aus der Horde durch das Fenster gegen die im Gang stehende Bürgerwehr. Es entwickelte sich nun ein kleines Feuergefecht, bei welchem der Kommandant der französischen Truppen Major Fromont, von einer Kugel in der Schulter verletzt wurde. Ein Zivilist erhielt einen Schulterschuss und zwei Finger der linken Hand wurden ihm fortgeschossen. Die Menge begann nun zu flüchten und floh durch die Andreashofergasse auf den Demelplatz. Während dieser Verfolgung fielen noch einige Schüsse, welchen ein Arbeiter zum Opfer fiel. Er erhielt einen schweren Kopfschuss. Während dieses heftigen Kampfes, gelang es mit Hilfe endlich herbeigeholten italienischen Militärs die zum schlesischen Heim führenden Straßenzüge zu räumen und abzusperren. In kleinen Gruppen zogen die Terroristen unter Geschrei und Beschimpfe durch die Straßen nach ihrem Hauptquartier Erzyniek zurück. So hatte der Freitagsterror ein blutiges Ende genommen.

Anstatt aber diese Terroristen zu verfolgen, oder die Rädelsführer zu verhaften, wurde die Bürgerwehr, weil sie zu schießen begonnen hat und nach Aussagen verschiedener Leute Major Fromont von einem Bürgerwehrmann verwundet wurde, entwaffnet und ein Teil interniert. Die Entwaffnung führte unter Führung eines pol. Leutnants eine Patrouille, bestehend aus ein paar Italienern und ein paar polnischen Gendarmen durch. Die Bürgerwehr, die durch ihr forsches Einschreiten, noch ein größeres Unglück verhindert wurde, wurde interniert, während die polnischen Terroristen ungehindert, nachdem sie ihr Mütchen gestillt hatten, nach Hause gehen konnten. Eine solche Parteilichkeit, ein solches Vorgehen der Entente-Kommission, die sich von einigen Terroristen einschüchtern läßt, verdient den schärfsten Tadel, wo es nebstbei erwiesen ist, daß Major Fromont nicht absichtlich angeschossen wurde.

Wir wollen nicht viel Worte mehr verlieren. Wir erwarten, daß die Kommission ihr geschädigtes Prestige wieder rehabilitieren wird und mit den schärfsten Machtmitteln gegen den immer mehr um sich greifenden Terror einschreiten wird. Wir erwarten dies. Und wenn die Kommission dies nicht im Stande ist dann mag sie selbst die Konsequenzen tragen. Die ostschlesische Bevölkerung ist nicht mehr gewillt, sich von einigen Terroristen bis aufs Blut verfolgen zu lassen.

Der Demonstrationstreik in Teschen.

Am Freitag, den 23. April 1920 setzte in Teschen als Protestkundgebung gegen die angeordnete Einführung der polnischen Mark ein Demonstrationstreik der gesamten Bevölkerung ein. Schlag 10 Uhr wurden die städt. Industriebetriebe eingestellt und gleichzeitig wurden alle Geschäfte, Gastwirtschaften und Kaffeehäuser gesperrt. Um 11 Uhr vormittags fand im Rathaus eine Massenversammlung statt. Die dicht gedrängten Besucher nahmen einstimmig die in Vorschlag gebrachte Entschliebung an, welche von einer Abordnung der internationalen Kommission überreicht wurde.

Mit Rücksicht auf die vielen Erzynieker Terroristen, die am Nachmittag herein kamen, ist es sehr zu begrüßen, daß der Betrieb des Elektrizitätswerkes und des Gaswerkes in den Nachmittagsstunden aufgenommen wurde. Denn ohne Licht wäre es wohl unmöglich gewesen, der Unsicherheit in der Stadt zu steuern.

Der Zweck des Demonstrationstreikes ist voll und ganz erreicht. Mit voller Einmütigkeit hat die Bevölkerung kundgegeben, daß sie sich dessen bewußt ist, welche willkürliche Schädigung des ostschlesischen Wirtschaftslebens die Einführung der polnischen Mark bedeutet.

Anscheinend sind auch angesichts dieser einhelligen Kundgebung die Kommission und die polnischen Vertreter Vernunftgründen nicht zugänglich. Der Bevölkerung bleibt nichts anderes übrig, als stillschweigend den Umtausch vornehmen zu lassen. Ob sie aber auch stillschweigend die Folgen tragen wird, die die Nichtachtung ihres Willens nach sich ziehen wird, das muß die Zukunft lehren.

Der Leichenfund in den Alleebaraken.

Die seit Tagen in der Bevölkerung kursierenden Gerüchte, daß in den Baraken Leichen verborgen seien, haben sich bewahrheitet. Am 21. d. M. bemerkten in der 5ten Stunde nachmittags mehrere Kinder in der unmittelbar am Ossaueer liegenden Stallbarake, angehängt zum Barakenlager in der Allee eine menschliche Hand aus der Türe ragen. Auf das Geschrei der erschrockenen Kinder, eilte ein in der Barake wohnhafter Bergarbeiter herbei, welcher sich mit Hilfe eines Stockes von der Anwesenheit einer Leiche überzeugte.

Dies meldete er dem Leiter des Barakenlagers Josef Sukienik, welcher ohne sich an Ort und Stelle zu überzeugen, dies der polnischen Plebiszitkommission mit-

teilte, welche erst wieder der Präfektur und der Polizei die diesbezügliche Anzeige erstattete.

Die von der Polizei entfalteten Organe fanden auch in der Senkgrube einen männlichen Leichnam, welcher ungefähr drei Wochen sich bereits in der Grube befunden haben dürfte. Die Leiche ist 170 cm lang, mit dunkelblondem Haar, blonden Schnurbartansatz, gesunden Zähnen und rundem vollen intelligent aussehenden Gesicht. Angekleidet ist die Leiche mit einem schwarzen Überrock, schwarzem Anzug, zwei weißen Hemden und eben solchen Unterhosen. Außerdem trug der Tote einen schwarz- oder blaupunktierten Selbstbinder. Hut und Schuhe fehlen. Die Taschen sind leer.

Die starken, deutlich sichtbaren Anschwellungen und Blutunterläufe am Gesicht, der Nierengegend und am linken Auge lassen darauf schließen, daß der Tod durch Mißhandlungen herbeigeführt wurde.

Die Identität des Toten ist nicht feststehend. Die Leiche wurde in die Totenhalle auf den Zentralfriedhof geschafft. Die Nachforschungen nach den Tätern und nach der Person des Toten werden gepflogen.

Die Merkmale der Leiche aufweist, lassen wie bereits erwähnt, auf einen durch Mißhandlungen herbeigeführten Tod schließen. Es liegt klar auf der Hand, daß der Tote ein Opfer der bestialischen Verprügelungen in den berüchtigten Baraken wurde. Dieser Leichenfund hat bewiesen, welche Verrohung und Bestialität durch die maßlose politische Verhehung bei einzelnen Leuten Platz gegriffen hat.

Als wir seinerzeit über die haarsträubenden Mißhandlungen von Personen berichteten, die den Polen nicht genehm waren und in die Baraken in der Allee geschleppt wurden, konnten die polnischen Zeitungen, allen voran das „Teschener Tagblatt“ sich nicht genug darüber ereifern, daß alle diese Berichte gehäßige Märchen seien, nur dazu ausgesonnen, um die Polen bei der internationalen Kommission zu verschwärzen. Nun liegt es klar zu Tage, daß wir nicht im geringsten übertrieben, als wir die maßlos verhehten polnischen Terroristen aller Schandthaten fähig hielten.

Hoffentlich wird nun auch die Kommission einsehen, was sie davon zu halten hat, wenn die polnischen Blätter und die offiziellen Vertreter des polnischen Volkes die Durchführung der Volksabstimmung nicht zulassen wollen, insofern nicht die notwendige Freiheit der Willensäußerung tatsächlich gewahrt wird. Wir erklärten schon lezhin, daß wir uns darin mit den Polen ganz einverstanden erklären, nur sind wir der Meinung, daß es nur an ihnen selbst liegt, die notwendigen Vorbedingungen zu schaffen.

Die Polen müssen sich endlich klar werden, daß ihre bisherige Methode nicht mehr wirkt. Man u schon längst, daß alle Klagen, die die Polen gegen andere richten, gewöhnlich nur eigene Schandthaten verdecken sollen. Das beweist neuerdings der Leichenfund in den Baraken und der Angriff auf Snoknik.

Eines steht fest: Eben so wenig, wie mit ge... zu unverständlichen Gewissenlosigkeit, mit der die Polen die schlesische Wirtschaft durch die Aufzwingung der polnischen Mark ins Chaos treiben wollen, werden die Polen mit derartigen Schandthaten die Sympathien der Bevölkerung erwerben.

Ortsnachrichten.

Verordnung des Präfekten für den östlichen Teil des Herzogtums Schlessen vom 14. April 1920, 3. 1150/9/rf. in Angelegenheit der Abänderung der Verordnung vom 4. März 1920, 3. 829/rf., betreffend die Regelung des Rindviehhandels und des Verkehrs mit Fleisch.

Der § 16 der Verordnung der Präfekten für den östlichen Teil des Herzogtums Schlessen vom 4. März 1920, 3. 829/rf wird mit heutigem Tage außer Kraft gesetzt und hat zu lauten:

§ 16.) Die Ausfuhr von Fleisch jeder Art aus dem Gebiete der Präfektur für den östlichen Teil des Herzogtums Schlessen ist verboten.

Ausnahmen von diesem Verbote können über schriftliches Ansuchen in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen die zuständigen Bezirkswirtschaftsämter bis zu einer Gesamtmenge von höchstens 2 kg erteilen.

Der Präfekt: Surawski m. p.

Die Gemeindeausschussung vom 20. d. M. (Fortsetzung.) In Fortsetzung seines Referates erwähnt Herr G. A. Czajka, daß über Antrag des Tierarztes Herrn Sierich die Preise für Schlachtungen vorläufig noch nicht festgesetzt werden mögen, da eine Änderung zu erwarten ist. Die Angelegenheit wird der Industrie-Kommission überwiesen.

Ferner soll zur Verwaltung der städtischen Industrie ein Verwaltungsrat gebildet werden. Der Bürgermeister bittet diese Sache zwecks Vorlage genauer Vorschläge für die nächste Sitzung des G. A. zu vertragen. Das Elektrizitätswerk schlägt vor, eine Kettenrestanlage aufzukaufen, da durch diese eine große Kohlenersparnis erzielt wird. Nachdem von einigen Seiten dafür gesprochen wurde, wurde der Ankauf dieser Anlage beschlossen.

Dem Ansuchen der städt. Angestellten, die Personaleinkommenssteuer möge von der Stadt getragen werden, genau so wie dies bei den Staatsangestellten geschieht, wird Folge gegeben.

Es kommt nun die Angelegenheit der Schießstätte zur Sprache. Herr Bürgermeister Gamroth verlas ein Schreiben der Landesregierung in welchem verfügt wird, die Angelegenheit insoweit von der Tagesordnung abzusetzen, bis der von der Schützengesellschaft eingebrachte Rekurs erledigt sei, da vor Erledigung dieses Rekurses jedwede Beratung und Beschlußfassung gegenstands- und zwecklos sei. G. A. Müller schlägt einen Ausweg vor, indem er den status quo vorschlägt, d. h. die Gewerkschaftskommission müßte die von ihr in Besitz genommenen Lokalitäten räumen, der Stadtgemeinde zur Verfügung stellen und dann könnte neuerdings über diese Angelegenheit verhandelt werden.

G. A. Widenka schließt sich dem Vorschlag des Vorredners an und meint es sei nicht vom Vorteil sich zu bekämpfen, es möge doch endlich ein Ausweg aus dieser leidigen Sache gefunden werden.

G. A. Kirbl erklärt den Vorschlag Müllers für undiskutabel. Berichtet, daß in der Bezirkshauptmannschaft der Vorschlag gemacht wurde, dahingehend, daß dem Bürgermeister das Vergebungsrecht auf die Gartenanlagen und die Gartenbauten zusehen wird, die Lokalitäten aber der Gewerkschaftskommission schon überlassen werden müssen. Erklärt fernerhin, daß die Gewerkschaftskommission weitgehende Konzessionen geben werde, den Vorschlag einer Räumung unter keinen Umständen akzeptieren kann. Auch warnt er mit der Gewerkschaftskommission zu spielen.

G. A. Reger erklärt ebenfalls den Vorschlag G. A. Müllers als undurchführbar und schlägt vor, es möge ein Kompromiß getroffen werden, welches für beide Parteien annehmbar. Die Gewerkschaftskommission wird die Schießstätte unter keinen Umständen herausgeben, wird sich aber wohl bereit erklären den Deutschbürgerlichen verschiedene Zugeständnisse zu machen. Er beantragt die Vertagung dieser Frage.

G. A. Wawrzeczka teilt mit, daß einzelne Räume der Schießstätte bereits für die Bibliothek in Anspruch genommen wurden, und man diese nicht auf die Straße werfen könne. Die Arbeiter sind zu jedem friedlichen Schritte bereit, er warnt jedoch vor den Folgen, sollte der Kampf um die Schießstätte radikal durchgeführt werden.

G. R. Kottmann begann nun in diktatorischer Art seine Rede. Er bespricht zuerst die Verschiebung der Gemeindeausschussung vom Mittwoch der v. Woche und behauptete, daß die Sitzung wegen der Lohnforderungen der Industriearbeiter verschoben wurde. Diese unwahre Behauptung erregte natürlich großen Widerspruch bei den deutschen Parteien. Es wurden Zwischenrufe wie „Verläumdung“ laut. Er behauptet weiterhin, daß die Deutschbürgerlichen stets gegen die Lohnforderung waren und nur durch das Einsehen seiner Partei diese bewilligt wurden. (Gelächter.) Er verlangt die Absetzung des Dringlichkeitsantrages Singl von der Tagesordnung, ist aber auch für die Vertagung dieser Angelegenheit. Und wenn man den Arbeitern nicht die Konzession für die Schießstätte geben werde, so werden eben die Arbeiter ohne Konzession auch leben. Seiner Ansicht nach wurde das fadenscheinige juristische Mantelchen über die Schießstättefrage nur gedeckt um eine politische Aktion zu unternehmen, diese aber verfehlt nicht. Bürgermeister Gamroth war auch nicht berechtigt die Mittwoch-Sitzung zu verlagern, da diese Sitzung vom Gemeinderate anberaumt war, es ist erstlich, daß das nur eine Machination der Deutschbürgerlichen war. Daß im 4. Punkte der von den Industriearbeitern gefassten Resolution auch die Schießstättefrage mit den Lohnforderungen verbunden wurde, ist ganz logisch, nachdem die Frage der Schießstätte auch eine Lebensfrage der Arbeiter ist. Auf den Zwischenruf des G. A. Singl der Streik wäre provoziert worden, erwiderte G. R. Kottmann Herrn Singl, er habe überhaupt nichts zu reden. (Wohl ein nicht stichhaltiges Argument. Anm. der Schriftl.) Zum Schlusse seiner Rede fordert er ebenfalls die Vertagung der Sitzung.

G. A. Turza erwähnt, daß er sich stets für die Lohnforderungen der Arbeiter eingesetzt habe, welchen Ausführungen Herr G. R. Kottmann mit den schönen Worten: „Sie sind ja erst zwei Tage hier“ begegnete.

Der Klub der deutschen Gemeindeausschussmitglieder verlangte hierauf die Unterbrechung der Sitzung auf 5 Minuten um über die Vertagung zu verhandeln. Dem Antrag Reger wurde dann auch zugestimmt und die Schießstättefrage einem niedrigen Einigungskomitee überwiesen, welches aus den Herren Gazda, Müller, Singl und Kottman, Kirbl, Wawrzeczka zu bestehen hat, und hat diese Verhandlungen bis zur nächsten Sitzung zu führen und womöglich eine Einigung zu erzielen.

G. A. Czajka erwähnt nachher, daß die Lohnforderungen der Industriearbeiter nicht verschleppt wurden, sondern diese Angelegenheit nicht plötzlich erledigt werden konnte, da sich durch die Forderungen eine Mehrbelastung um ungefähr eine Million ergab, und die Bedeckungsfrage erst besprochen werden mußte. Der Klub der deutschen Gemeindeausschussmitglieder habe auch die Forderung der Forderung eingesehen und in einer Sitzung schon vor der verschobenen Sitzung sich für Bewilligung dieser Forderungen ausgesprochen.

Nach Erledigung dieser leidigen Geschichte referierte Herr Dr. Pustowka über Ansuchen in den Heimatsverband von Personen, welche infolge der Demarkationslinie als Ausländer gelten, nach Fällen dieser Grenz aber nunmehr in den Heimatsverband aufgenommen wurden.

Der Rekurs des deutschen Sportklubs gegen abweisenden Beschluß des Gemeindevorstandes betr